



Antwort vom Herrn Minister für innere Angelegenheiten, Léon Gloden, zur parlamentarischen Anfrage N° 3678 vom 20. Februar 2026 vom ehrenhaften Abgeordneten Yves Cruchten zum Thema "Prolongation des contrôles à la frontière avec l'Allemagne".

- Ist der Herr Minister der Ansicht, dass Deutschland mit der angekündigten erneuten Verlängerung der Grenzkontrollen die europäischen Regeln einhält?
- Beabsichtigt die Regierung eine rechtliche Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen Deutschland einzureichen? Wie begründet der Herr Minister diese Entscheidung?
- Welche Initiativen oder Maßnahmen beabsichtigt der Herr Minister zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle europäischen Regeln bezüglich der Wiedereinführung von Kontrollen an den Innengrenzen eingehalten werden?
- Ist der Herr Minister der Ansicht, dass die Kontrollen der EU-Kommission und ihre Durchsetzung des Unionsrechts als Hüterin der Verträge ausreichend streng sind? Beabsichtigt der Herr Minister sich für strengere Kontrollen der Einhaltung der Schengen-Regeln allgemein und insbesondere im Falle Deutschlands einzusetzen?
- Kann der Herr Minister bestätigen, dass eine entsprechende Prüfung des deutschen Vorgehens für März vorgesehen ist?

Ich habe die Ankündigung meines deutschen Amtskollegen Alexander Dobrindt, die Grenzkontrollen ein weiteres Mal um sechs Monate zu verlängern, zur Kenntnis genommen. Die Position der luxemburgischen Regierung ist diesbezüglich unverändert: keine Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums, stattdessen verschärfte Kontrollen an den EU-Außengrenzen. Die Schengen-Verträge müssen eingehalten werden.

Die Binnengrenzkontrollen der deutschen Bundespolizei sind nicht verhältnismäßig und auch nicht im Einklang mit dem Schengener Grenzkodex. Die Verlängerung der Kontrollen findet entgegen primärem und sekundärem EU-Recht statt.

Wie bei den vorigen Verlängerungen der deutschen Grenzkontrollen habe ich auch dieses Mal schriftlich Einspruch bei der EU-Kommission eingelegt. Es ist dies bereits die dritte Beschwerde Luxemburgs. In meinem Schreiben vom 19. Februar 2026 habe ich die in den jeweiligen Schreiben vom 14. Februar 2025 und 21. August 2025 dargelegten Argumente nachdrücklich wiederholt und zudem auf das bevorstehende Inkrafttreten des EU-Migrations- und Asylpakts am kommenden 12. Juni hingewiesen. Die erneute Verlängerung der deutschen Grenzkontrollen war auch Gegenstand eines Gesprächs, das ich diese Woche – am 23. Februar 2026 – in Brüssel mit EU-Kommissar Magnus Brunner geführt habe.

Ich bedauere in diesem Zusammenhang, dass die EU-Kommission ihre Stellungnahme zur Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der deutschen Grenzkontrollen noch nicht veröffentlicht hat, die nach Erhalt der letzten Verlängerungsmitteilung – nämlich im August 2025 – hätte abgegeben werden müssen. EU-Kommissar Magnus Brunner hat mir diesbezüglich zugesichert, dass die Stellungnahme der EU-Kommission in den kommenden Wochen veröffentlicht wird. Ich komme dennoch nicht umhin festzustellen, dass die EU-Kommission ihre Rolle als Hüterin der Verträge nicht in ausreichendem Maße spielt.



Luxemburg wird, wie bereits mehrmals erwähnt, keine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen Deutschland einreichen. Luxemburg und Deutschland sind nicht nur Nachbarn. Wir sind Partner und Freunde in vielen Bereichen. Etwaige Unstimmigkeiten klären wir im Dialog und auf Augenhöhe. Ich stehe in regelmäßigem Austausch mit meinem Amtskollegen Alexander Dobrindt, unter anderem bei den Tagungen des Rates „Justiz und Inneres“ (Conseil JAI). Und am Rande des „Politischen Aschermittwoch“ des CDU-Bezirksverbandes Trier am vergangenen 18. Februar habe ich Bundeskanzler Friedrich Merz auf die Notwendigkeit eines baldigen Endes der Grenzkontrollen hingewiesen – mit dem Argument, dass wir eine Groß- und keine Grenzregion sind und dass die Kontrollen den Alltag zehntausender Bürger dies- und jenseits der Grenze erheblich erschweren. Es dürfen nicht wieder Grenzen in den Köpfen der Menschen entstehen. Schengen muss leben.

Der Dialog mit Deutschland hat in der Vergangenheit bereits Früchte getragen: So wurde die Kontrollstelle auf der Saar-Autobahn bei Schengen im Sommer 2025 umgestaltet, was einen positiven Effekt auf den Verkehrsfluss hat. Des Weiteren werden, unseren Informationen zufolge, kaum mehr Kontrollen an den kleineren Grenzübergängen durchgeführt. Uns liegen aktuell keine entsprechenden Beschwerden von Bürgern vor.

Luxemburg, den 24. Februar 2026
Der Minister für innere Angelegenheiten,
(s.) Léon Gloden